



An einer gesetzlichen Regelung von Praktika führt kein Weg vorbei

Pressemitteilung von Nele Hirsch, 18. März 2008

Die Studienergebnisse beweisen: An einer gesetzlichen Regelung gegen den Missbrauch von Praktika führt kein Weg vorbei. DIE LINKE legte bereits im letzten Jahr einen konkreten Gesetzesentwurf hierzu vor. Nun müssen die anderen Fraktionen Farbe bekennen und zeigen, ob sie die Ausbeutung von Absolventen in unbezahlten Praktika-Schleifen weiter hinnehmen wollen oder endlich Gegenmaßnahmen ergreifen“, so Nele Hirsch zur heute vorgestellten Absolventenstudie der Bundesregierung. Die bildungspolitische Sprecherin erklärt weiter:

„Wie die heute veröffentlichte Studie der Bundesregierung aufzeigt, hat fast die Hälfte der Praktikanten zuvor eine berufliche Ausbildung absolviert. Die Ausbeutung von Praktikanten ist also kein vermeintliches Luxus-Problem, von dem in erster Linie Hochschulabsolventen betroffen sind.

Auszubildende sind genauso wie Akademiker mit den Ungerechtigkeiten des Praktika-Missbrauchs konfrontiert. Die Studie hat erneut belegt, dass die

meisten Praktika unbezahlt stattfinden oder unzureichend vergütet werden. Jeder fünfte Befragte gab zudem an, dass das Praktikum eher zu einer Verhinderung als zu einer Erleichterung einer Festanstellung führt.“